

Sitzungsunterlagen

Sitzung des
Integrationsausschusses
Antragsfrist 03.05.2023
31.05.2023

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse 3

Niederschrift öffentl. Nr. 5 IntrA 18.01.2023 4

Vorlagendokumente

TOP Ö 5 Mitteilung betr. Ergebnisse Werkstatt Migration und Integration

Vorlage ohne Beschluss 284/2023-5 8

TOP Ö 6 Beratungsangebot für Familien zum Übergang von Grundschule zu weiterführenden Schulen

Vorlage ohne Beschluss 310/2023-5 10

TOP Ö 7 Mitteilung betr. Flüchtlingssituation in Bornheim

Vorlage ohne Beschluss 282/2023-5 11

TOP Ö 8 Bekräftigung der Bornheimer Erklärung

Vorlage 014/2023-5 12

Bornheimer Erklärung 014/2023-5 13

TOP Ö 9 Antrag der Mitglieder des Integrationsausschusses Görden und Bösch vom 01.05.2023 betr. Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim

Antragsvorlage 298/2023-5 14

Antrag 298/2023-5 15

TOP Ö 10 Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen

Vorlage ohne Beschluss 292/2023-1 17

Einladung



Sitzung Nr.	044/2023
IntrA Nr.	2/2023

An die Mitglieder
des **Integrationsausschusses**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 15.05.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Integrationsausschusses** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Mittwoch, 31.05.2023, 18:00 Uhr, im Raum 904 des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

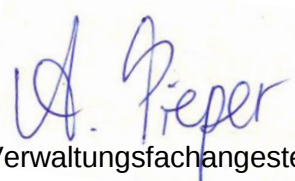
TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 5 vom 18.01.2023	
5	Mitteilung betr. Ergebnisse Werkstatt Migration und Integration (SIDA 24.05.23)	284/2023-5
6	Beratungsangebot für Familien zum Übergang von Grundschule zu weiterführenden Schulen	310/2023-5
7	Mitteilung betr. Flüchtlingssituation in Bornheim (SIDA 24.05.23)	282/2023-5
8	Bekräftigung der Bornheimer Erklärung (IntrA 18.01.23)	014/2023-5
9	Antrag der Mitglieder des Integrationsausschusses Görgen und Bösche vom 01.05.2023 betr. Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim	298/2023-5
10	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	292/2023-1
11	Anfragen mündlich	
	Nicht-öffentliche Sitzung	
12	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	293/2023-1
13	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet:

Dilara Görgen
(Vorsitzende)

beglaubigt:


(Verwaltungsfachangestellte)

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	005/2023
IntrA Nr.	1/2023

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 112 vom 13.12.2022	
5	Bekräftigung der Bornheimer Erklärung	014/2023-5
6	Multikonfessionelle Schulgottesdienste (Sachstand und Diskussion)	015/2023-5
7	Vorbereitung "Werkstatt Migration"	016/2023-5
8	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Interkulturelles Maßnahmenprogramm	741/2022-5
9	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Kommunales Integrationsmanagement "KIM"	742/2022-5
10	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Herkunftssprachenunterricht	736/2022-13

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
11	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	034/2023-1
12	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Dilara Görgen eröffnet die Sitzung des Integrationsausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Integrationsausschuss beschlussfähig ist.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag von Frau von Bülow, die Tagesordnungspunkte in der folgenden Reihenfolge zu behandeln:

TOP 1 – 4, 6, 9, 5, 7 - 8, 10 – 12

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1 – 4, 6, 9, 5, 7 – 8, 10 - 12.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Haller wurde bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 112 vom 13.12.2022	
----------	---	--

Der Integrationsausschuss erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 112/2022 vom 13.12.2022 keine Einwände.

5	Bekräftigung der Bornheimer Erklärung	014/2023-5
----------	--	-------------------

Die Bekräftigung der Bornheim Erklärung wird vertagt.

6	Multikonfessionelle Schulgottesdienste (Sachstand und Diskussion)	015/2023-5
----------	--	-------------------

Zwei Schulleiterinnen und ein Schulleiter nahmen an der Diskussion zu multikonfessionellen Schulgottesdiensten teil:

Herr Brandt von der Europaschule

Frau Herm von der Martinus Grundschule in Merten und

Frau Schöpe von der Sebastian Grundschule in Roisdorf.

Es fand eine sehr gute, respektvolle und wertschätzende Diskussion statt, in der die Schulleiterinnen und der Schulleiter sich sehr offen für die Anregungen des Integrationsausschusses zeigten.

Beschluss:

Der Integrationsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

7	Vorbereitung "Werkstatt Migration"	016/2023-5
----------	---	-------------------

Es wurde vorgeschlagen, die Werkstatt am 24.03.2023 in den Räumen des Alexander-von-Humboldt Gymnasiums oder in der Aula der Europaschule durchzuführen.
Dr. Azizi wird von der Verwaltung eingeladen.

Beschluss:

Der Integrationsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -
bei 01 Stimmenthaltung (UWG)

8	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Interkulturelles Maßnahmenprogramm	741/2022-5
----------	---	-------------------

Die Große Anfrage wird vertagt.

9	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Kommunales Integrationsmanagement "KIM"	742/2022-5
----------	--	-------------------

Frau Dienstühler, der Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums beim Rhein-Sieg-Kreis, berichtete ausführlich über die Zielsetzung, die drei Module, die Lenkungsgruppe, das Case Management und die Projekte.

- Kenntnis genommen -

Die Dokumentation ist als Anlage der Niederschrift bzw. in Session beigelegt.

10	Anfrage der Mitglieder des Integrationsausschusses vom 15.11.2022 betr. Herkunftssprachenunterricht	736/2022-13
-----------	--	--------------------

- Kenntnis genommen -

11	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	034/2023-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen
Keine

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Frage:

Wie können die Flyer am besten verteilt werden?

Antwort:

Die VHS hat ihre Verteillisten zur Verfügung gestellt.

Die Liste wird an die Mitglieder des Integrationsausschusses weitergeleitet.

12	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

Keine

Ende der Sitzung: 20:26 Uhr

gez. Dilara Görgen
Vorsitz

gez. Birgit Haller
Schriftführung

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie	24.05.2023
Integrationsausschuss	31.05.2023

öffentlich

Vorlage Nr.	284/2023-5
Stand	11.05.2023

Betreff Mitteilung betr. Ergebnisse Werkstatt Migration und Integration

Sachverhalt

An der Werkstatt für Migration und Integration, die am Freitag, den 21.04.2023 im Ratssaal des Bornheimer Rathauses stattfand, nahmen Mitglieder des Integrationsausschusses, Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Inklusion und Demographie, Ortsvorsteher sowie Kooperationspartnerinnen und -partner, sowie weitere Gäste teil. Nachdem Bürgermeister Christoph Becker die Gäste begrüßt hatte, führten die beiden Moderatorinnen, die Beigeordnete Alice von Bülow und die Leiterin des Amtes für Soziales, Wohnen und Inklusion, Cornelia Löwe, ins Programm ein und erläuterten die Methode des World-Cafés. Diese wurde genutzt, um alle Anwesenden miteinander ins Gespräch zu bringen und lösungsorientiert zu diskutieren.

Diese Veranstaltung verfolgte den Austausch zu folgenden Schwerpunktthemen:

Arbeitsmarkt und Bildung

Der Mediziner und Schriftsteller Dr. Mimoun Azizi referierte hybrid zu diesem Thema und teilte seine Erfahrungen und sein Engagement aus dem Gesundheitswesen. Er regte an, für Berufe im Gesundheitswesen und die lokale Wirtschaft Praktika mit Hilfe von Ehrenamtlichen zu suchen, um so den Einstieg in den Beruf zu erleichtern. In diesem Bereich könnten ein Netzwerkprojekt mit der Agentur für Arbeit, der Industrie- und Handelskammer und lokalem Gewerbe entstehen.

Pflege

Mouna Salahie, Caritas Verband Rhein-Sieg, moderierte zu Thema Pflege für Migrantinnen und Migranten. Neben der Schulung der Pflegekräfte und Suche nach Multiplikator:innen, wurde die strategische Pflegeplanung und die Weitergabe von mehrsprachigen Informationen angeregt. Als Pilotprojekt zwischen der Caritas und der Stadtverwaltung wird Ende Mai 2023 eine Informationsveranstaltung mit dem Thema „Unterstützung im Alter“ für Migrantinnen und Migranten in russischer und arabischer Sprache organisiert (Guter Lebensabend, Unterstützung im Alter, am 26.05.23).

Ehrenamt und Wohnen

Isabell Lütz, Vorsitzende des Vereins für Bornheimer Flüchtlingshilfe e.V. koordinierte das Thema Ehrenamt und Wohnen. Als wichtiges Ziel wurde die Organisation eines Nachbarschaftsfestes in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft benannt, um die Integration zu fördern, die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu stärken, den Informationsaustausch zu gewährleisten und Netzwerkarbeit anzuregen. Ein gemeinsames Fest wurde vor dem Hintergrund der Nachbarschaftshilfe in Bornheim überlegt.

Antidiskriminierung und Diversity

Der Jurist und Diversity-Trainer Kanishka Wiar erarbeitete mit den Teilnehmenden die Sicht-

barkeit des Themas durch etwaige Angebote für alle Altersgruppen. Hierzu zählen die Sensibilisierung der Bevölkerung durch Schubladen-Spaziergänge und die Potential-Orientierung als Perspektivwechsel. Angeregt wurde die Einführung eines Diversitäts-Führerscheins und die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle (Vorlage 298/2023-5). Darüber hinaus könnten Veranstaltungen der VHS zu Diversitätsstrategien und Antidiskriminierung im Programm ergänzt werden.

Auswirkungen auf das Klima

1. Grundeinschätzung

- ☒ Mit dem Vorhaben ist keine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 3.
☐ Mit dem Vorhaben ist eine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 2.

2. Klima-Test

Die mit dem Vorhaben verbundene klimarelevante Wirkung ist

- ☐ positiv
☐ negativ
→ weiter bei 3.

3. Begründung

Folgen für das Klima, die mit einer Umsetzung etwaiger, zukünftiger Projekte verbunden sein könnten, müssen mit Realisierung der jeweiligen Maßnahmen betrachtet werden.

Integrationsausschuss	31.05.2023
-----------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	310/2023-5
Stand	23.05.2023

Betreff Beratungsangebot für Familien zum Übergang von Grundschule zu weiterführenden Schulen

Sachverhalt

Die Verwaltung regt an, gemeinsam an einer Elterninformation zum Thema Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule speziell für Familien mit internationaler Geschichte zu arbeiten. Alle Erfahrungen zeigen, dass der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule besonders viel Beratungsbedarf aufwirft und ein niederschwelliges, möglichst muttersprachliches Unterstützungsangebot eventuell den Eltern mehr Sicherheit vermitteln und die Kinder im Übergang stärker unterstützen kann.

Der Integrationsausschuss hatte sich mit der Thematik schon intensiv befasst und eine Präsentation vorbereitet. Es zeigte sich aber, dass der ideale Beratungszeitpunkt für das Thema die Wochen rund um die Tage der offenen Tür und der Beratungsveranstaltungen der weiterführenden Schulen ist. Das sind in der Regel die Wochen Mitte September bis Ende Oktober.

Die Verwaltung regt nun an, dieses Thema wieder aufzugreifen und die kommenden Wochen zur gemeinsamen Ausarbeitung eines Konzeptes zu nutzen, das dann im Spätsommer zum Tragen kommen kann.

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie	24.05.2023
Integrationsausschuss	31.05.2023

öffentlich

Vorlage Nr.	282/2023-5
Stand	15.05.2023

Betreff Mitteilung betr. Flüchtlingssituation in Bornheim

Sachverhalt

In Bornheim leben aktuell ca. 1500 Menschen, die über das Amt für Soziales, Wohnen und Inklusion als Migrant:innen (mit Aufenthaltsgenehmigung und Wohnsitzauflage) und geflüchtete Menschen erfasst werden.

Die Menschen stammen vorrangig aus den Ländern Ukraine, Syrien, Irak, Türkei und Afghanistan.

Mehr als zwei Drittel dieses Personenkreises lebt in privatem Wohnraum.

Die Stadt Bornheim verfügt aktuell über 23 städtische Unterkünfte (angemietete Wohnungen, Containeranlagen, städtisches Eigentum).

Seit Herbst 2022 wird die Turnhalle der Johann-Wallraf-Grundschule erneut als Notunterkunft für geflüchtete Menschen genutzt.

Mit Ratsbeschluss vom 15.12.22 (Vorlage 643/2022-5) wurde die Errichtung einer neuen Sammelunterkunft beschlossen, um die städtischen Kapazitäten zu erhöhen. Aktuell befindet sich das Vorhaben in der Endphase des Vergabeverfahrens.

Über die aktuelle Möglichkeit, Objekte zur Unterbringung anzumieten (Ratsbeschluss vom 11.05.23, Vorlage 319/2023-6) und somit das Portfolio an städtischen Unterbringungsleistungen zu erweitern, kann das städtische Belegungsmanagement nun die vorhandenen Sammelunterkünfte in Teilen frei ziehen und verfolgt das Ziel bereits vor Fertigstellung des Neubaus der Notunterkunft am Hexenweg, die Turnhalle wieder frei geben zu können.

In den neu angemieteten Unterkünften werden Großfamilien untergebracht, so dass eine Neubelegung der Zimmer in den Containeranlagen möglich wird.

Allerdings sind, nach mehreren Wochen stabiler Erfüllungsquote von ca. 100% nunmehr Zuweisungen geflüchteter Menschen seitens der Bezirksregierung Arnsberg angekündigt. Die Turnhalle muss somit als optionale Unterbringungsstätte vorerst bestehen bleiben. Die Stadtverwaltung verfolgt das Ziel, über regionale Absprachen und Kommunikation mit der Bezirksregierung Arnsberg eine Regulative zu erhalten.

Auswirkungen auf das Klima

1. Grundeinschätzung

- ☒ Mit dem Vorhaben ist keine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 3.
☐ Mit dem Vorhaben ist eine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 2.

Integrationsausschuss	18.01.2023
-----------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	014/2023-5
Stand	14.12.2022

Betreff Bekräftigung der Bornheimer Erklärung

Beschlussentwurf

Der Integrationsausschuss bekräftigt mit zustimmendem Beschluss die Bornheimer Erklärung.

Alternativ:

Der Integrationsausschuss schlägt folgende Änderungen zur Bornheimer Erklärung vor:

_____ und empfiehlt dem Rat der Stadt Bornheim diese durch Beschluss in die Bornheimer Erklärung auf zu nehmen.

Sachverhalt

Der Integrationsausschuss hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, sich angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation erneut mit der Bornheimer Erklärung für Respekt, Akzeptanz und Toleranz in Bornheim beschäftigen zu wollen. Im Ausschuss soll der Inhalt diskutiert, ggf. kleinere Anpassungsvorschläge erarbeitet und eine Änderung bzw. Bekräftigung verabschiedet und so eine Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt Bornheim vorbereitet werden.

Bornheimer Erklärung

Für Respekt, Akzeptanz und Toleranz in Bornheim

Flucht ist inzwischen die häufigste Ursache dafür, dass Menschen ihre Heimat verlassen. Die Krisen dieser Welt führen dazu, dass die sicheren Länder in der Verantwortung stehen, diesen Menschen Schutz, Asyl und Unterkunft zu bieten, weil Verfolgung, Krieg und Armut ein Leben in Würde und oft sogar das Überleben unmöglich machen. Ganz Deutschland – und damit auch die Bundesländer sowie unsere Städte und Gemeinden – stehen hier in einer politischen Verantwortung, die in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung verankert ist.

Aufgrund der Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen nimmt die Zahl der Flüchtlinge auch in unserer Stadt zu. Die Menschen sind gezwungen, zu fliehen – und auch wir in Bornheim sind in der Pflicht zu handeln: In drei Unterkünften wohnen bei uns Flüchtlinge, und auch Bornheimer Familien nehmen aus humanitären Gründen Flüchtlinge in ihr Haus auf. Doch in den Wohnheimen reicht der zur Verfügung stehende Raum nicht mehr, um ein menschenwürdiges Wohnen zu gewährleisten. Deshalb errichten wir in Bornheim zusätzliche Unterkünfte: Kleine Wohneinheiten, dezentral und mit sozialer Betreuung.

Die Menschenwürde ist nach Artikel 1 des Grundgesetzes unantastbar. Für uns in Bornheim ist das nicht nur gesetzliche Pflicht und Aufgabe, sondern Überzeugung und Verantwortung. Unser Prinzip: Die Menschen stehen im Vordergrund.

Wir müssen feststellen: Es gibt Gruppierungen, die die Not anderer Menschen für ihre Ziele benutzen. Auch in Bornheim versuchen rechtsextreme Initiativen, die Bevölkerung zu verunsichern und Überfremdungsängste zu schüren. Die Stadt Bornheim stand und steht mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Unternehmen und Gewerkschaften an der Seite der Flüchtlinge. Wer immer versuchen will, gegen unsere Überzeugung und gegen die Menschen, die unter unserem Schutz stehen, Stimmung zu machen, wird keinen Erfolg haben. In Bornheim ist kein Platz für menschenverachtende Gesinnung.

Bundespräsident Joachim Gauck sagte jüngst zum Thema Flucht und Flüchtlinge: „Menschen zu begegnen, das ist etwas anderes, als nur Zahlen zu begegnen oder Statistiken. Man blickt in Gesichter – verstörte, verängstigte –, hört die dramatischen Geschichten, spürt die Hoffnung auf Hilfe aus der Ferne, aus der Fremde.“ Zu dieser Hilfe leisten auch wir in Bornheim unseren Beitrag. Mit Respekt. Mit Akzeptanz. Mit Toleranz.

Integrationsausschuss	31.05.2023
-----------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	298/2023-5
Stand	16.05.2023

Betreff Antrag der Mitglieder des Integrationsausschusses Görgen und Bösche vom 01.05.2023 betr. Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim

Beschlussentwurf

Der Integrationsausschuss beauftragt die Stadtverwaltung alle Informationen zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim zu überprüfen und hierüber in der nächsten Sitzung zu berichten.

Sachverhalt

Die im Antrag dargelegten Sachverhalte und die Ergebnisse der Werkstatt Migration und Integration am 21.04.23 belegen die bestehenden Bedarfe.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag

An Herrn Bürgermeister
Christoph Becker
Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Dilara Görgen
(Vorsitzende)
Fatima Bösche

Bornheim, den 01.05.2023

Antrag: Vorschlag zur Einrichtung von Antidiskriminierungsstelle in Bornheim

Sehr geehrter Herr Becker,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsausschusses zu setzen:

Beschlussvorschläge:

Der Bürgermeister beauftragt die Verwaltung alle Informationen zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim zu überprüfen und hierüber in der nächsten Sitzung zu berichten.

Begründung:

In einer Stadt mit der Einwohnerzahl von Bornheim muss wohl leider damit gerechnet werden, dass Diskriminierungsfälle nicht nur vereinzelt vorkommen. Mit Blick auf unsere diverse Gesellschaft sind daher die Existenz leicht zugänglicher und effizienter Beschwerdesysteme für Betroffene von Diskriminierung zum einen sowie Bemühungen zur Diskriminierungsprävention zum anderen unerlässlich.

Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gibt es seit 2006 auf Bundesebene die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Sie ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Aus der repräsentativen Umfrage der ADS zu „Diskriminierung im Alltag“ geht hervor, dass sich jeder dritte Einwohner in Deutschland nach den im AGG genannten Merkmalen diskriminiert fühlt. Einer Studie des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration zufolge fühlen sich Migranten stärker diskriminiert, wenn sie erkennbar anders aussehen, mit Akzent sprechen oder als Angehörige muslimischen Glaubens eingeordnet werden. Auch unsere Stadt ist davon nicht ausgenommen. Deshalb muss hier näher hingeschaut werden. Denn uns ist daran gelegen das gute Klima in unserer Gesellschaft stets weiter zu

verbessern. Dabei gilt es, auch präventiv Maßnahmen in die Wege zu leiten, die das gute Zusammenleben in unserer Stadt weiter fördern. Ein wichtiger Ansatz hierfür ist erfahrungsgemäß die Einrichtung eines sog. Antidiskriminierungsbüros als Anlaufstelle vor Ort. Für den Integrationsausschuss ist es ein wichtiges Anliegen, das friedliche Zusammenleben und die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadt mit seiner Arbeit aktiv zu fördern. Für ein Gelingen dieses Vorhabens ist es von großer Bedeutung, möglichst viele Akteure zusammenzubringen und die aktuelle Situation in unserer Stadt zu analysieren und darauf aufbauend kontinuierlich zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Dilara Görgen

Fatima Bösche

Integrationsausschuss	31.05.2023
-----------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	292/2023-1
-------------	------------

Stand	08.05.2023
-------	------------

Betreff Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen

Sachverhalt

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen oder Beantwortungen von Fragen aus vorherigen Sitzungen seitens der Verwaltung vor.